

Leserbrief zu Jamaika Sondierungen - Ausstieg aus der Braunkohle

Zwischen dem 19.10.17 und 19.11.17 lag die durchschnittliche Erzeugung aus Braunkohle bei ca. 17 GW, die der Kernenergie bei ca. 10 GW, Erdgas schwankt je nach Bedarf zwischen 7 und 14 GW und Steinkohle schwankt je nach Bedarf zwischen 3 und 17 GW. Der Anteil von Solar- und Windstrom schwankt in diesem Zeitraum zwischen 0,3 GW am 09.11.17 und 42 GW am 29.10.17. Bei Solar und Windstrom muss man wissen, dass diese Leistung immer nur für wenige Stunden und dann schwankend zur Verfügung steht. So hatten wir am 10.11.17 um 18:00 Uhr Windstrom von 28 GW und schon am 12.11.17 um 14:00 Uhr waren es nur noch 4 GW im Netz. Diese fehlende Grundlast muss ständig von konventionellen Kraftwerken mit Kohle, Gas oder Kernenergie ausgeglichen werden. Der Stromverbrauch in Deutschland liegt in diesem Zeitraum, je nach Tageszeit, zwischen 50 und 76 GW. Wenn nun die Grünen vorschlagen, die Kapazität der Braunkohlekraftwerke um 12 GW zu kürzen, würde das Netz instabil werden und wir müssten mit Gaskraftwerken oder importierten Strom es ausgleichen. Das geht aber nur, wenn die Reservekapazitäten von Gaskraftwerken vorhanden sind und das Netz für den Import entsprechend ausgebaut wurde. Somit ist alles Polemik und hat nichts mehr mit Physik zu tun. Beweis gefällig? Nehmen wir den 10.11.17 14:00 Uhr. Dort haben wir einen hohen Windstromanteil von 28 GW, der Stromverbrauch beträgt dort 74 GW und der Anteil der Braunkohle 16 GW. Der Anteil aller konventionellen Kraftwerke beträgt zu diesem Zeitpunkt 45 GW. Die installierte Leistung von Braunkohlekraftwerken beträgt derzeit in Deutschland 20,9 GW. Wenn man den Anteil der Braunkohle um 12 GW kürzt, muss der konventionelle Anteil um 12 GW durch andere Erzeugungsarten erhöht werden. Kernenergie scheidet zukünftig durch den Ausstieg aus. Bleib also Steinkohle oder Gas übrig. Es gibt einen wirtschaftlichen Grund, der dies verhindert. Dies sind die Grenzkosten der Kraftwerke, also die Preise die man erzielen muss, um wirtschaftlich zu arbeiten. Sie liegen bei Steinkohle bei 31,5 €/MWh, Braunkohle 15,2 €/MWh und Erdgas 38,3 €/MWh. Steigt man voll oder teilweise aus der Braunkohle aus, wären Gaskraftwerke eine Alternative. Es müssten aber neue Gaskraftwerke errichtet werden, weil der Großteil der bestehenden Anlagen meist für die Wärmeerzeugung (BHKW) eingesetzt wird. Weiterhin führen dann die hohen Grenzkosten zu weiteren Strompreissteigerungen. Ein Stromimport wäre unter gewissen Voraussetzungen möglich. Zur Zeit liegt dieser bei max. 5 GW. Ein höherer Bezug aus Europa setzt einen entsprechenden Leitungsbau voraus, die Kapazitäten der jeweiligen Länder müssen vorhanden sein, die politischen Risiken müssen bedacht werden und man muss wissen, dass dann der Strompreis ebenfalls ansteigen wird. Wer aus der Braunkohle aussteigen will, sollte anfangen sich mit der Physik, den Kosten und den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen zu beschäftigen. Natur- und Umweltschutz kann nicht von einer Erzeugungsart durch eine andere sich grün nennende Erzeugungsart konterkariert werden. Erneuerbare Energien sind im Mix der Stromerzeugung richtig, müssen aber dezentral verbraucht und dürfen nicht weiter subventioniert werden. Die Ökobilanz von Solar- und Windstromanlagen spricht nicht für eine Energiewende. Sie steht im krassen Widerspruch zur salonfähig gewordenen grünen Polemik, nutzt nur der „Öko-Schickeria“, führt zu Preissteigerungen und sozialer Ungerechtigkeit.

**Wolfgang Kleindienst; 07381 Pößneck; Kastanienallee 4a;
Tel. 03647 423223; Funk 0160 96461516; E-Mail: w.kleindienst@t-online.de**

Leserbrief zu „Konzerne fordern Kohleausstieg“ 08.11.17

Man sollte nicht die Frösche fragen, wenn man den Teich trocken legen will. Wenn Konzerne den Kohleausstieg fordern um das Klima zu retten, stehen dahinter einzig und allein wirtschaftliche Interessen. Genau diese Konzerne sind meist selbst von EEG und Netzentgelten befreit und lachen sich kaputt, dass Otto-Normal-Verbraucher der Lastesel einer ökologisch und ökonomisch gescheiterten Energiewende ist. Konzerne die global unterwegs sind hängen ihre Fahne in den Wind, um Profite zu erzielen und Personalkosten einzusparen. Man weiß doch heute schon, dass beim Ausstieg aus Kernenergie und Braunkohleverstromung in Deutschland der Strom dann aus Frankreich oder Osteuropa importiert wird. Was glauben den die Verbraucher warum derzeit der Netzausbau quer durch Deutschland voran getrieben wird, koste es was es wolle? Es geht um Netzstabilität weil die Politik keine physikalischen Grundsätze kennt und beachtet. Klimaschutz kann und muss global betrachtet werden. Was in Deutschland eingespart wird an CO₂, wird anderswo mehr produziert. Es ist die pure Heuchelei mit dem Ausstieg aus der Kohle. Ich bin mir ziemlich sicher, dass bei den benannten Unterzeichnern der Firmen schon so manche Tür für gescheiterte Politiker geöffnet wird, wenn deren Interessen umgesetzt werden. Die „Jamaika Koalition“ ist wie geschaffen für die nächste Umweltlüge. Und zufällig bekommt gerade jetzt Herr Lindner Unterstützung von den Wirtschaftsweisen, was die Konjunktur in Deutschland angeht. Ein schönes Geschenk von seinen „weisen“ Parteiliebenden. Noch mal, wenn der Kohleausstieg wie auch immer beschlossen wird, werden die Strompreise weiter steigen. Denn die Reservekapazitäten für einen grundlastfähigen Strom müssen vorgehalten werden und werden teuer durch uns refinanziert. Lindner (FDP) hat aber in einem Punkt recht, wann erklärt man uns wie das mit dem Ausstieg aus Kernenergie und Kohleverstromung physikalisch funktionieren soll? Spätestens nachdem die FDP ihre Ministerposten erhalten hat interessiert keinen mehr die Physik. Auch beim Thema Kohleausstieg stimme ich dem ehemaligen SPD Politiker Tilo Sarrazin mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ voll zu.

Wolfgang Kleindienst
Pößneck

Hier der Ausgangsartikel:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kohleausstieg-rund-50-firmen-fordern-ausstieg-ausder-kohle-a-1176208.html>

**Wolfgang Kleindienst; 07381 Pößneck; Kastanienallee 4a;
Tel. 03647 423223; Funk 0160 96461516; E-Mail: w.kleindienst@t-online.de**

Leserbrief zu „Gleiche Löhne in Ost und West“ - „Thüringen bei Löhnen trotz Anstiegs unter Schlusslichtern“ 06.11.17

Eine Gegenüberstellung zu den Preissteigerungen wäre hilfreich gewesen. Wenn ich mir allein die Strompreise anschau, die bedingt durch die Energiewende um das Doppelte seit 12 Jahren gestiegen sind, kann man annehmen, dass dann nichts von Lohnsteigerungen übrig bleibt. Das sind Dinge, die die Politik in Berlin hätte beeinflussen können. Problematisch nach 27 Jahren Eingemeindung in die BRD sind unterschiedliche Tarife einer Branche in Ost und West. Auch bei den Zeitarbeitsfirmen ist es immer noch Gang und Gebe, z.B. iGZ. Schauen sie sich auch mal die großen Handelsketten oder Industrieunternehmen aus dem Westen an, die hier tätig sind. Hier habe ich den Verdacht, dass die Osis, aufgrund unterschiedlicher Löhne, den hohen Lebensstandard der Wessis mit finanzieren. Es gibt aus meiner Sicht keinen tragbaren Grund die unterschiedlichen Löhne zu rechtfertigen. Ich kann auch das Lied der hohen Mieten und der höheren Preise im Westen nicht mehr hören. Das ist alles Schwachsinn. In vergleichbaren Gegenden, z.B. im ländlichen Raum, sind die Preise für Benzin, Strom oder Lebensmittel im Westen sogar günstiger. Schaut euch die Mieten in Jena an und dazu die Löhne! Tarifverträge im Osten sind eher Ausnahmen und sollen Sache von Gewerkschaften und Arbeitgebern bleiben. Nur wann fangen beide Seiten an, in einem Unternehmen gleiche Löhne zu bezahlen? Sind sich etwa Gewerkschaften und Arbeitgeber bei der Ungerechtigkeit hier einig ? Mir kommt es zumindest so vor, dass es so ist. Die Gewerkschaft macht es sich oft zu einfach zu sagen, im Osten gibt es kaum Gewerkschaftsmitglieder. Die Frage ist warum?

Unsere Handwerksbetriebe suchen dringend Fachkräfte, ich meine richtige Fachkräfte. Auch Handwerksmeister sind derzeit bereit über den üblichen Tarif zu bezahlen und finden kaum Leute. Ein Grund ist, es studieren zu viele. Das Gleichgewicht stimmt nicht mehr – man hat die Entwicklung verschlafen. Zumindest beim Thema Preise hätte der Staat die Möglichkeit einzugreifen. Wie wäre es denn, wenn die Stromsteuer abgeschafft und die Mehrwertsteuer wieder auf 17 % gesenkt wird. Finanzieren können wir das z.B. mit weniger Rüstungsausgaben.

Wolfgang Kleindienst
Pößneck

Hier der Ausgangsartikel:

<http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/wirtschaft/detail/-/specific/Thueringenbei-Loehnen-trotz-Anstiegs-unter-Schlusslichtern-548799274>